

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die ist überschritten.

(Heiterkeit – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Alles gut!)

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Minister Stamp, unsere Ausländerbehörden und die vielen Ehrenamtler, die diese haben und die auch Sie ansprechen, wären heilfroh und dankbar, wenn wir das auf den Weg bringen würden, weil das nämlich die Arbeit und das Leid vermindert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Jetzt hat Kollege Loose von der AfD-Fraktion noch mal um das Wort gebeten.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Yetim, diese Personen haben nichts getan, um hier ihr Bleiberecht zu erwirken. Deshalb wollen sie ja am Ende noch ein sechstes und ein siebtes Jahr dranhängen.

Was passiert, wenn Sie diese Leute weiter im Land lassen und eben nicht abschieben? Dann nehmen diese Leute echten – echten! – Flüchtlingen am Ende die Plätze weg. Und das ist die unsozialste Politik, die man durchführen kann.

(Marina Dobbert [SPD]: Das ist einfach gelogen!)

Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Abgeordneter Loose. – Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 9.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16468 – Neudruck – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/16468 – Neudruck** – mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

10 Keine Windindustrieanlagen im Wald – Für den Schutz unserer Heimat!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16476

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Loose hat für die AfD-Fraktion das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wanderer sehen schon einmal Schilder mit der Warnung „Vorsicht vor herabfallenden Ästen“. Demnächst können neue Schilder hinzukommen: „Vorsicht vor herabfallenden Rotorblättern“ oder „Vorsicht vor herabfallenden Greifvögeln“ oder im Winter „Vorsicht vor Eiswurf“.

Denn FDP und CDU wollen nun auch die Wälder in NRW für Windindustrieanlagen freigeben. Was das bedeutet, sieht man aktuell im Reinhardswald in Hessen, im Volksmund auch Märchenwald genannt. Dort sollen jetzt 18 Windindustrieanlagen den Wald verschandeln. Bis zu 240 m hoch sollen die Industrieanlagen werden – ein Schandfleck und ein Desaster für den Tourismus, und das auch noch durchgedrückt gegen zahlreiche Bürgerbeschwerden. Insgesamt gab es 690 Einsprüche von den Bürgern. Die Bürger erklären, dass die Windindustrieanlagen dem Tourismus im Märchenwald schaden würden.

Auch in NRW werden Windindustrieanlagen dem Tourismus im Sauerland und in den bergischen Regionen massiv schaden. Trotzdem wollen FDP und CDU in NRW die Wälder den Windindustrieanlagen opfern – alles für Ihren totalen Klimaschutz.

Dabei ist die Ausbeute der Windindustrie durch die Wetterabhängigkeit erschreckend unzuverlässig. In Deutschland sind an Land Windindustrieanlagen mit einer Leistung von 55.600 MW installiert. Das hört sich wahnsinnig viel an. Für die Versorgungssicherheit bräuchten wir 80.000 MW. Daran scheint die Windindustrie ganz nah dran zu sein. Doch der Schein trügt. Das zeigen die Zahlen und Fakten eindeutig. Am 10. Januar dieses Jahres lieferten alle Onshore-Windindustrieanlagen in der Zeit von 12:45 Uhr bis 13:00 Uhr lediglich 540 MW – nicht 55.600 MW, sondern nur 540 MW. Das sind gerade einmal 1 % der installierten Leistung.

So sieht dann die Realität Ihrer Traumwelt aus. Wenn Sie eine Versorgungssicherheit mit Windindustrieanlagen aufbauen wollten, müssten Sie 100-mal so viele Windindustrieanlagen aufstellen.

Doch bereits jetzt werden 0,8 % der Fläche von Windindustrieanlagen verbraucht. Das ist so viel wie die gesamte Fläche aller Autobahnen, aller Landstraßen, aller Bundesstraßen und aller überregionalen Kreisstraßen.

Damit Sie die Bedeutung etwas spüren können – vielleicht für die Kollegen aus dem Paderborner Land –: Im Herzen vom Paderborner Land gibt es praktisch ein 50 km langes Band von Windindustrieanlagen. – So äußerte sich eine Expertin in einer Anhörung im Landtag. Wenn Sie bei diesen 50 km 1.000 m nach Norden und 1.000 m nach Süden gehen, haben Sie dort ein Band von 100 km² unbewohnbarer Fläche – 100 km², meine Damen und Herren!

Hieran erkennt man, dass die Windindustrie ein Irrweg von Träumern ist – allerdings auch ein Riesengeschäft für die Windindustriebranche, die jedes Jahr mit Milliarden Euro durchgefüttert wird.

An windschwachen Tagen im Januar betrugen die Strompreise an der Börse in einem Fall 300 Euro und in einem anderen Fall sogar 399 Euro pro Megawattstunde. Das ist etwa der zehnfache Preis, den Sie sonst an der Börse zu sehen bekommen. Hieran erkennt man, erkennt jeder die Kosten, die entstehen, wenn die Windindustrie wieder einmal nicht liefert.

Damit ist klar: Die Windindustrie leistet keinen positiven Beitrag zur Versorgungssicherheit und erhöht bei einer Windflaute die Strompreise massiv. Jeder subventionierte Ausbau von Windindustrieanlagen belastet unsere Industrie und unsere Menschen.

Im Wald sind die Windindustrieanlagen obendrein die reinste Umweltzerstörung. Auf eine Fläche, auf der einmal Bäume standen, werden dann Masten aus Beton und Stahl gestellt, mit metertiefen Fundamenten aus Beton verankert und mit Rotorblättern aus Kunststoff und Tropenholz ausgerüstet. Kabeltrassen werden kilometerweit verlegt. Aus Waldwegen werden breite, stark befestigte Straßen. Diese Waldzerstörung wird von FDP und CDU gewünscht.

Aber Sie können noch alle unsere Wälder retten. Wenn Sie unsere Heimat schützen wollen, wenn Sie unsere Wälder schützen wollen, bietet unser Antrag dazu die Gelegenheit. Bitte stimmen Sie diesem zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kennen Sie Stefanie Rölz? Die meisten wahrscheinlich ...

(Frank Sundermann [SPD]: Ja!)

– Oh, das hätte ich nicht erwartet. Aber okay.

(Frank Sundermann [SPD]: Nein! Nein, natürlich nicht!)

Stefanie Rölz, eine Grafikerin, gründete 1997 das Unternehmen Sheepworld. Vielleicht wird es jetzt klarer. Vor allem machte sie dann die Erfolgsserie „Ohne Dich ist alles doof“. Das sind diese schönen Tassen – ich sehe nickende Blicke – mit „Ohne Dich ist alles doof“.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Da steht ein Schaf auf der Wiese und sagt: „Sonne doof, Blume doof, Schmetterling doof; ohne Dich ist alles doof“. Das ist eine sehr schöne Erfindung, eine schöne Grafik.

Warum komme ich darauf? Daran fühle ich mich erinnert, wenn die AfD über Energiepolitik spricht. Denn das erfolgt auch nach dem Motto „alles doof“.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Sachliche Vorträge!)

Photovoltaik doof; Windenergie doof; EEG doof; Stromleitungen doof; alles doof – außer Atom- und Kohlestrom. Sonst ist alles doof. Das ist Ihre Haltung hier zur Energiepolitik.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Regen Sie sich nicht so auf, Herr Blex. Ich empfehle Ihnen, doch lieber einen Barista-Haferdrink zu trinken. Das haben Sie ja vorhin auch schon.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Dr. Christian Blex [AfD]: Das machen Sie doch schon!)

Ich bringe Ihnen vielleicht demnächst einen mit.

(Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Deutschlands Stromversorgung wandelt sich. Um das noch einmal mit einigen Zahlen zu unterfüttern: Im gesamten Jahr 2021 stammten noch 13 % der Stromerzeugung aus Atomkraftwerken.

(Christian Loose [AfD]: Aber versorgungssicher, Herr Untrieser!)

Ende dieses Jahres werden die Atomkraftwerke abgeschaltet. Wir müssen also im Jahr 2023 schon einmal diese 13 % des Stroms, der bisher aus Atomkraftwerken kam, ersetzen.

Ende dieses Jahres geht ein Drittel der Kapazität an Braunkohlekraftwerken im Rheinischen Revier vom Netz – ein Drittel!

Im Jahr 2021 wurden fast 2,8 GW Steinkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen abgeschaltet.

Das bedeutet, dass wir dann enorme Lücken im Netz haben. Wir müssen, da wir aus gewissen Technologien aussteigen, natürlich in andere Technologien einsteigen. Das ist vollkommen klar.

Deswegen gehen wir einen Weg, der die unterschiedlichen Interessen auch abwägt. Wir brauchen

einen gesellschaftlichen Konsens zwischen den berechtigten Interessen der Wohnbevölkerung und dem Ausbau von Windenergie oder anderen erneuerbaren Energien. Da sind wir auf einem guten Weg. Unsere Abstandsregelung mit den 1.000 m beschreibt genau diesen Weg; denn sie soll für Akzeptanz sorgen.

Paderborn ist angesprochen worden. In der Tat stehen im Kreis Paderborn mehr Windenergieanlagen als in ganz Baden-Württemberg. Das muss man sich auch einmal vor Augen führen. Da leistet diese Region natürlich etwas. Aber wir fordern den Menschen dort auch etwas ab.

Deswegen ist es wichtig, dass wir über Regularien sprechen, wie wir die Menschen dort entlasten. Deswegen ist auch die Abstandsregelung von 1.000 m, die jetzt übrigens auch in Sachsen unter Beteiligung von SPD und Grünen eingeführt wird, der richtige Weg, um auf der einen Seite Akzeptanz zu schaffen, auf der anderen Seite aber auch die Energieversorgung neu aufzustellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt für Wind im Wald. Auch da müssen wir schwere Abwägungen treffen. Wir machen uns das nicht einfach, sondern schauen schon, dass wir es auf eine vernünftige Art und Weise machen. Denn der Wald ist uns lieb und teuer.

Der Wald ist CO₂-Speicher, Luft- und Wasserfilter, Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen und gleichzeitig auch Erholungsgebiet für die Menschen.

Er ist aber auch immer schon Wirtschaftsraum gewesen und teilweise auch Altersvorsorge für kleine private Waldbesitzer. So schreiben es auch die Waldbauern auf ihrer Homepage: Waldnutzung und Waldschutz sind zwei Seiten derselben Medaille.

In diesem schwierigen Abwägungsprozess müssen wir schauen, ob Windenergie im Wald in kleinem Umfang zumutbar ist. Wir gehen in Nordrhein-Westfalen aber auch sehr sorgsam mit Windenergie im Wald um.

Es ist keineswegs so, als würden heute noch gar keine Windenergieanlagen im Wald stehen. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits 93 Anlagen mit 247 MW.

Das ist übrigens im Bundesländervergleich relativ wenig. In Rheinland-Pfalz gibt es fast fünfmal so viele Anlagen und auch fünfmal so viel Leistung, ebenso in Hessen. Auch Brandenburg, Bayern und Baden-Württemberg gehen viel stärker in den Wald.

Ich finde es gut, dass wir hier sehr behutsam mit dem Wald umgehen. Trotzdem stellen wir uns der Diskussion, wie wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Die Vorschläge, die jetzt gekommen sind, eignen sich zumindest dafür, darüber zu reden.

Herr Loose, Sie sind auch wirtschaftspolitischer Sprecher. Ich finde es ziemlich fatal, wenn Sie völlig außer Acht lassen, dass der Ausbau von Erneuerbaren und von Versorgungsstrukturen natürlich auch für die Wirtschaft wichtig ist

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und dass uns die Wirtschaft doch geradezu sagt: Wir brauchen Strom aus erneuerbaren Energien. – Da Sie mir das nicht glauben, habe ich einfach einmal ein paar Zitate mitgebracht, um das zu belegen.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag erklärt am 5. November 2021:

„Die Wirtschaft braucht deutlich mehr kostengünstigen erneuerbaren Strom, nicht zuletzt, um die eigenen betrieblichen Klimaschutzziele zu erreichen und sich gegen steigende Strompreise abzusichern.“

(Zuruf von der AfD: Kostengünstig!)

Schauen Sie einmal auf die Homepage von unternehmer nrw, wenn Sie schon nicht mit denen reden. Von unternehmer nrw wird Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde durch den massiven Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten und moderner Backup-Kapazitäten sowie einen beschleunigten Netzausbau gefordert.

In seiner Mitteilung vom 16. Februar 2022, also von gestern, fordert der VCI einen zügigen Netzausbau und den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Es geht also Hand in Hand: Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen braucht nach dem Ausstieg aus Atom und Kohle weitere Kapazitäten.

Die Zukunft liegt natürlich bei den erneuerbaren Energien. Wir werden trotzdem weiter maßvoll ausbauen – mit Maß und Mitte. Wir werden alle Interessen gewichten und zu vernünftigen Lösungen kommen. Das haben wir bisher so gemacht, und das werden wir weiterhin so machen, weil wir eine erfolgreiche Energieversorgungspolitik für Nordrhein-Westfalen machen wollen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Sie haben zwar noch nicht gesehen, dass Herr Abgeordneter Loose eine Kurzintervention angemeldet hat; aber das ist gleichwohl keine Überraschung. – Jetzt hat Herr Abgeordneter Loose das Wort für 90 Sekunden Kurzintervention.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Untrieser, ich bin ja richtig froh. Denn Sie haben inzwischen erkannt, dass mit Ihren Entscheidungen

versorgungssichere Stromerzeuger, versorgungssichere Kernkraft, versorgungssichere Braunkohle und versorgungssichere Steinkohle abgeschaltet wurden und dass es eine riesengroße Lücke gibt.

Diese riesengroße Lücke entsteht aber bei versorgungssicheren Kraftwerken. Diesen Übertragungsschritt haben Sie leider noch nicht geschafft. Denn Ihre Lösung lautet: Statt versorgungssichere Kraftwerke zu bauen, bauen Sie sogenannte erneuerbare Erzeuger aus, also Windindustrie und Photovoltaikanlagen, die eben nicht versorgungssicher sind – und das auch noch, nachdem ich Ihnen in meiner Rede ein Beispiel vom 10. Januar dieses Jahres gegeben habe, an dem die Windindustrie lediglich 1 % der installierten Leistung geliefert hat.

Herr Untrieser, wie wollen Sie denn den Unternehmen erklären, dass Sie mit Ihren sogenannten erneuerbaren Energien versorgungssichere Leistung herstellen können? – Vielen Dank.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Und wieder ein neues Video bei Facebook hochladen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war die Kurzintervention. – Herr Dr. Untrieser, Sie haben jetzt 90 Sekunden Zeit, darauf zu erwidern.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Loose, ich weiß nicht, wie oft wir diese Argumente noch austauschen müssen.

(Christian Loose [AfD]: Bis Sie es verstehen!)

– So sehen Sie das. – Hier hat nie jemand behauptet, dass Photovoltaik und Windenergie zu jeder Zeit die Stromversorgung garantieren können. Hören Sie also auf, das immer wieder in den Raum zu stellen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Jedem ist klar, dass uns diese Technologien nicht zur Verfügung stehen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Und dann?)

Deswegen brauchen wir natürlich ganz andere Möglichkeiten. Wir brauchen Back-up-Kapazitäten. Deswegen setzen wir uns für einen Kapazitätsmarkt ein.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Gaskraftwerke gebaut werden, die wasserstoff-ready sein müssen, weil das die Energieversorgung der Zukunft sein wird.

Sie schauen aber einfach in den Rückspiegel und sagen: Wir machen mit Atom und Braunkohle so weiter. – Das kann doch nicht die Lösung sein, die Sie dem Industrieland Nordrhein-Westfalen präsentieren wollen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie sind auf einem ganz komischen Weg, der in die Vergangenheit führt, aber nicht in die Zukunft. Diesen Weg gehen wir nicht mit.

(Dr. Christian Blex [AfD]: 37 Cent pro Kilowattstunde!)

Ich fürchte aber, wir werden Sie in dieser Legislaturperiode nicht mehr überzeugen können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir bleiben auf unserem Weg in die Zukunft, der vernünftig ist, weil er in die richtige Richtung und in die Zukunft geht. Sie schauen in den Rückspiegel. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Baran das Wort.

Volkan Baran (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mal wieder mit einem AfD-Antrag, der uns berichtet, dass Ihre Heimat vor Windkraftanlagen geschützt werden soll.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Vermutlich geht es tatsächlich um Ihre Heimat; das erklärt sich von selbst.

(Andreas Keith [AfD]: Da steht „unsere“!)

Als Anlass muss der aktuelle Plan zur Energieversorgung des Landes herhalten, der eine Steigerung der Stromkapazitäten vorsieht und deshalb auch Waldstandorte für Windkraftanlagen einplant. Wir wissen allerdings alle, dass die AfD eigentlich keinen Anlass braucht, um gegen Windkraft zu wettern. Ich will der Form halber aber kurz auf den aktuellen Anlass eingehen.

Die Änderung wurde vorgenommen, um den Windkraftausbau in NRW schneller voranzutreiben. Eine größere Zahl möglicher Flächen ist dafür nötig. Deshalb ist das ein Umstand, den wir als SPD-Fraktion begrüßen. Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, diesen Schritt besonders auf kahlen Flächen im Wald zu gehen. Es war für uns ein Schritt, der längst überfällig war.

Der Grund für diese andere Sicht auf die Ausweitung liegt auf der Hand: Wir als SPD-Fraktion erkennen – wie auch alle anderen demokratischen Fraktionen in diesem Hause – den menschengemachten Klimawandel als den Fakt an, der er ist.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Aus ihm ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, jetzt zu handeln, um für uns alle – auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD – die Schäden möglichst zu begrenzen. Denn die Realität ist nun einmal so. Dass man nicht daran glaubt, bedeutet nicht, dass man nicht davon betroffen ist.

Der AfD-Antrag zeigt eine Welt auf, in der der Wald wächst und gedeiht, solange es keine Windkraftenergie gibt und man ihn nur in Ruhe lässt,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

in der fossile Brennstoffe für immer zur Verfügung stehen und die Verbrennung der Umwelt keinen Schaden zufügt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist eine Geschichte, aber auch nicht mehr. Wenn Sie ehrlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, glauben Sie selbst nicht an diese Geschichte.

Die Realität ist eine andere. Wer in den letzten Jahren im Rothaargebirge, in der Eifel, im Teutoburger Wald oder auch einfach im Stadtpark spazieren war,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

kommt nicht umhin, zu erkennen, dass Wälder und Grünflächen durch die Trockenheit im Sommer sichtbar gelitten haben. Große Flächen sind trocken, kahl oder leider voller toter Bäume.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Aktuelle Prognosen machen deutlich, dass wir zukünftig regelmäßig von Dürresommern und Hitzewellen sowie von Überflutungen und Sturmschäden betroffen sein werden. Welche gravierenden Auswirkungen das hat, haben wir durch das Hochwasser im vergangenen Jahr und die dadurch entstandenen Schäden in Nordrhein-Westfalen hautnah erlebt.

Natur und Artenvielfalt sind, wie Sie in Ihrem Antrag geflissentlich verschweigen, bereits jetzt unter Druck und werden durch die menschengemachte Erderhitzung zusätzlich bedroht. Um unsere Heimat, die Umwelt und den Wald zu schützen, müssen wir eine Erderwärmung von über 1,3 Grad Celsius verhindern. Ab diesem Wert treten unumkehrbare Effekte ein.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Global und regional wertvolle Lebensräume gehen dann komplett verloren. Das wäre das realistische Ende der Geschichte, die Sie uns als Wahrheit verkaufen möchten.

Wie wir sehen, wenn wir uns die Prognosen anschauen, gehört auch zur Wahrheit, dass ein weiterer Anstieg der Durchschnittstemperatur bis zu 30 % der Tier- und Pflanzenarten gefährdet.

Die Schäden durch die Windkraftanlagen, die auf 2 % der Landesfläche stehen, sodass im Umkehr-

schluss 98 % der Landesfläche frei bleiben, sind nicht so gravierend.

Sie, liebe Damen und Herren von der AfD-Fraktion, sprechen von Braunkohlekraftwerken und sagen, wie schade es ist, dass diese zurückgebaut werden. Im Rheinischen Revier werden jährlich knapp 100 Millionen Tonnen Braunkohle in 400 m tiefen Tagebauen gefördert. Dabei wurden komplette Dörfer abgebaggert, Wälder gerodet und damit Lebensräume für Tiere und Pflanzen unbrauchbar gemacht – Schornsteine, Kühltürme und Strommasten noch nicht einmal einbezogen.

Ich gebe zu: Früher war das durchaus nötig. Heute ist es das aber nicht mehr. Deshalb ist es richtig, umzusteigen.

Die Flächenversiegelung, die durch die Windkraft entsteht, steht dazu in keinem Verhältnis, zumal durch die Eingriffsregelung vorgeschrieben ist, dass für derartige Eingriffe auch Ausgleichs erforderlich sind.

Sehen wir uns einmal unseren gemeinsamen Freund, den Rotmilan, an, den Sie immer wieder gerne heranziehen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Modellrechnungen zeigen, dass sich sein Verbreitungsgebiet durch den Klimawandel perspektivisch verkleinert und nach Norden verlagert hat. Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerhitzung dienen indirekt auch dem Schutz dieses Tieres.

In Ihren Anträgen lesen wir immer, wogegen Sie sind. Sie sind gegen erneuerbare Energien. Sie sind gegen Windkraft.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

In der vorangegangenen Debatte haben wir mitbekommen, dass Sie gegen Migrantinnen und Migranten sind. Jetzt haben wir auch gehört, dass Sie tatsächlich, wie Herr Untrieser gesagt hat, in den Rückspiegel gucken und nach gestern oder vorgestern gehen wollen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das werden wir nicht mitmachen. Deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Baran. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir durften uns eben mal wieder

eine Märchenstunde der Nostalgiepartei AfD, vorge-
tragen von Herrn Loose, anhören.

(Beifall von der FDP und Bianca Winkelmann
[CDU])

Es darf sich nichts ändern. Alles muss so bleiben, wie
es ist. Das ist die Position der AfD.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie sehen den Klimawandel als gottgegeben an. Der
Mensch hat darauf keinen Einfluss und soll diesbe-
züglich auch bloß nichts machen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Sie lehnen alle Maßnahmen ab, die den vom Men-
schen erzeugten Klimawandel einschränken.

Meine Damen und Herren, das ist absolut naiv. Denn
der Klimawandel wird Ihnen auch Ihre Nostalgie ir-
gendwann nehmen.

Wir wollen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.
Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger bei der
Energiewende mit. Wir sorgen durch notwendige Ab-
stände für Akzeptanz. Wir halten die Eingriffe in die
Wälder so gering wie möglich. Das wird an den Zah-
len auch sehr deutlich. Derzeit haben wir 3.818 Wind-
energieanlagen im Land. Davon stehen 92, also ge-
rade einmal 2,4 %, im Wald.

Wir möchten, dass Klima-, Umwelt- und Artenschutz
auch weiterhin im Einklang bleiben. Das ist sehr
wichtig. Diesen ausgewogenen Weg werden wir wei-
tergehen. Denn wir sorgen gleichzeitig dafür, dass
der notwendige Ausbau weiterhin stattfindet. Wir be-
kennen uns klar zum Klimaschutz. Wir wollen die
Windenergie verdoppeln, aber akzeptanzgetragen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir werden dafür sorgen, dass bis 2030 auch 12 GW
Windenergie

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

akzeptanzgetragen in Nordrhein-Westfalen stattfin-
den.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem sehr
guten Weg. Wir sind die Nummer drei, was den Aus-
bau bundesweit angeht.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Man muss sich das einmal vor Augen führen: In
Nordrhein-Westfalen wurde im vergangenen Jahr so
viel Windenergie dazugebaut wie in Baden-Württem-
berg, in Rheinland-Pfalz, in Hessen, in Bayern und
im Saarland zusammen. Alle alten Bundesländer, die
sich südlich von Nordrhein-Westfalen befinden, ha-
ben also gemeinsam weniger Windenergieleistung
ausgebaut als Nordrhein-Westfalen. Das zeigt, dass
wir hier einen großen Beitrag leisten.

Wir werden auch unseren Beitrag leisten und das
von der Bundesregierung vorgelegte Zwei-Prozent-
Ziel erreichen. Ich glaube, dass wir hier schon auf ei-
nem sehr guten Weg sind. Wir liegen nämlich bereits,
soweit ich die Zahlen kenne, deutlich über 1,5 %. Ich
bin mir sicher, dass wir dies auch noch weiter aus-
bauen können.

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich zusam-
menfassend: Ihren Antrag „Keine Windindustrieanla-
gen im Wald – Für den Schutz unserer Heimat!“
braucht es nicht. Der größte Schutz für unsere Hei-
mat ist, wenn Ihre Partei auch weiterhin in diesem
Hause keine Rolle spielt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und
Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank,
Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächste Rednerin
hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Ab-
geordnete Brems das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als die AfD
diesen Antrag geschrieben hat, muss es ungefähr so
gewesen sein: Sie sitzt zusammen. Ein kleines
Brainstorming findet statt. Einer fragt: Welches krude
Thema habt ihr in letzter Zeit eigentlich in den Tele-
gram-Channels gelesen? – Jemand antwortet: Hm,
Windenergie im Wald macht unsere Heimat kaputt. –
Der Nächste von der AfD meint: Super! Das machen
wir. Deutsche lieben die Wälder. Heimat ist immer
gut. Was passt denn noch dazu?

(Lachen von Helmut Seifen [AfD] – Karl
Schultheis [SPD]: Hafermilch!)

Der Nächste sagt: Ach, wir haben in unserer alten
Quellensammlung noch einiges an pseudowissen-
schaftlichen Quellen gefunden.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aus anderen Anträgen haben wir noch ein paar Ver-
satzstücke.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die haben zwar nichts mit Wind und Wald zu tun;
aber irgendetwas mit Wind wird es schon zu tun ha-
ben. – Und so haben alle einfach mal schnell etwas
zusammengepackt.

So muss es bei diesem Antrag auch wieder gewesen
sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zu-
ruf von Helmut Seifen [AfD])

Ich gehe kurz auf einige Aspekte ein. Was die hier
aufgerufene Behauptung angeht, dass die Wind-
energie für den Tourismus schädlich sei, hätte ich ei-
gentlich erwartet, dass Sie auch zuhören.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Als wir neulich zusammen im Wirtschaftsausschuss saßen, war auch Dr. Achim Schloemer von Tourismus NRW anwesend. Er hat auf die Frage, ob Windenergie dem Tourismus schaden würde, geantwortet, dass es dafür keine Anzeichen gebe. Dazu noch ein Hinweis: Wenn dem so wäre, gäbe es auch keine Touristen mehr an der Nordsee.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Nun komme ich zu Ihrem Punkt, welche Bereiche im sogenannten Wald eigentlich bebaut werden können oder nicht. Im aktuellen Waldzustandsbericht der Landesregierung steht:

„Die gesamte Schadfläche seit 2018 komplett ausgefallener Fichtenbestände umfasst circa 113.000 Hektar.“

Das sind also alleine bei den Fichtenbeständen 113.000 ha Fläche. Und die AfD will uns hier erzählen, es gäbe ökologische Gründe, die dagegensprechen, einen Teil dieser Flächen für Windenergie zu nutzen. Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Dann komme auch ich noch einmal kurz zum Thema „Heimat“. Klimaschutz ist aus unserer Sicht auch der Schutz unserer Heimat. Die AfD verweigert sich der Einsicht, dass wir Klimaschutz überhaupt brauchen und der Ausbau der Windenergie dafür essenziell ist. Aber wir brauchen genau das für den Erhalt unserer Heimat.

Da die AfD diese Fakten nicht anerkennt, verbreitet sie natürlich, wie mit dem heutigen Antrag und wahrscheinlich auch in Videos, die sie hinterher dazu postet, ihre kruden Behauptungen,

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das hat Sie jetzt getroffen!)

die längst entkräftet sind. Sie verbreiten sie einfach weiter.

Unsere Heimat ist der AfD nämlich herzlich egal. Uns ist unsere Heimat aber nicht egal. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. Sie haben es angezeigt bekommen, es gibt eine Kurzintervention durch Herrn Abgeordneten Loose. Es steht Ihnen selbstverständlich frei, diese auch an Ihrem Platz entgegenzunehmen und zu erwidern. – Herr Abgeordneter Loose hat das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Brems, tatsächlich hat der Tourismusverband, der jedes Jahr mit 2,8 Millionen Euro durchgefüttert

wird, es geschafft, in all den Jahren lediglich eine Marketingkampagne zu machen, nämlich urbanana, also das Ruhrgebiet in Form einer Banane dargestellt – mit 2,8 Millionen Euro pro Jahr.

Die haben es nicht geschafft, Studien zu nennen, die für NRW belegen, ob der Tourismus jetzt betroffen ist oder nicht – tatsächlich nicht. Auf die Frage, ob sie das vielleicht machen sollten, haben sie geantwortet, das wollten sie lieber nicht.

Aber es gibt Studien in anderen Bundesländern. Eine Studie zeigt zum Beispiel, wie viele Touristen sich durch Windparks und -anlagen gestört fühlen. Für die Mürztalregion sind die Ergebnisse besonders dramatisch. Der oberbayerische Tourismusverband ist besorgt, dass Windräder die Landschaft in Bayerns wichtigster Urlaubsregion zerstören und damit dem Fremdenverkehr schaden könnten.

Selbst die von mir angesprochene Windkraftlobby, die ich sogar im Ausschuss angesprochen habe, sagt, dass es beim Ausbau von Windrädern zwar zu einer geringen, aber zu einer Belastung des Tourismus in Deutschland kommt.

Sie können sich darauf einstellen, dass der landeseigene Tourismusverband, der jedes Jahr mit 2,8 Millionen Euro durchgefüttert wird, das nicht so sieht. Aber das ist keine Basis für eine Diskussion, Frau Brems. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Brems, Sie haben jetzt 90 Sekunden Zeit, darauf zu erwidern. Bitte sehr.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Jetzt hat die AfD wieder die Zeit genutzt, um einfach eine Behauptung in die Welt zu setzen. Ich habe eben etwas dazu gesagt.

Wenn die Windenergie wirklich Tourismus verhindern würde, so wie Sie es dargestellt haben, dass jede Windanlage den Tourismus quasi um X Prozent verringert, dann dürfte es beispielsweise an der Nordsee keinen Tourismus mehr geben. Aber alle Zahlen zeigen genau das Gegenteil.

Sie versuchen, hier einfach Angst zu schüren und negative Kampagnen zu machen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Denn wir sehen, dass für zukünftige Generationen, für die, die heute jung sind, die Windenergie schon ganz selbstverständlich zum Landschaftsbild dazugehört. Es ist für sie überhaupt kein Problem und hindert sie auch nicht daran, in entsprechenden Regionen Urlaub zu machen.

Die Alternative, dass Sie dann vielleicht überall Braunkohlelöcher haben, da aber niemand mehr

leben kann, es weder Tourismus noch irgendetwas anderes gibt, zeigt auch wieder Ihre Ideologie.

(Beifall von den GRÜNEN und Karl Schultheis [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen im Dezember die neue Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Sie ist darauf ausgerichtet, dass das Land das vom Landtag beschlossene Klimaschutzgesetz erfüllen kann. Bis 2045 will Nordrhein-Westfalen klimaneutral werden.

Das hat zur Voraussetzung, dass wir unser Energiesystem grundlegend umbauen, da es in der Vergangenheit sehr stark durch kohlebasierte Verstromung geprägt war. Das setzt voraus, dass wir einen Umbau hin zu erneuerbaren Energien vornehmen

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– das sind im Wesentlichen Wind und Photovoltaik für Nordrhein-Westfalen – und dass wir zur Sicherung der Energieversorgung auch in wind- und sonnenarmen Zeiten einen entsprechenden Ausgleich über zunehmend sauberes Gas schaffen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Darüber hinaus gilt es in den nächsten Jahren, die Netze kräftig auszubauen, um auch Offshorewind nach Nordrhein-Westfalen zu holen, weil wir den Strombedarf unserer privaten Haushalte und der Industrie aus eigenen Kräften heraus nicht zu decken in der Lage wären.

Wir benötigen auch Strom, um Wasserstoff umwandeln zu können. Das werden wir zum Teil hier ermöglichen. Das werden wir erheblich durch Importe aus anderen Teilen Europas und der Welt zu erledigen haben, aber auch durch Offshorewindstrom und offshore erzeugten Wasserstoff, den wir von der Nordseeküste nach Nordrhein-Westfalen holen müssen.

Nun stellen wir leider fest, dass Deutschland es nicht vermocht hat, die Netze, die Pipelines und die Elektrolyseure so schnell auszubauen, wie es eigentlich notwendig wäre. Wir sind schon im Jahr 2022. Die Klimaschutzziele wurden bundesweit schneller verschärft, als der Ausbau der Infrastruktur bisher ermöglicht, sie einzuhalten.

Deswegen müssen wir insgesamt mehr tun. Wir verdoppeln jetzt den Ausbau der Windkraft in Nordrhein-Westfalen. Wir vervierfachen die Photovoltaik. Wir

müssen noch mehr Netze ausbauen. Bei Offshorewind haben wir gerade 7 Gigawatt. Das soll auf 45 Gigawatt in den nächsten 20 Jahren erhöht werden. Das ist ein riesiges Ausbauprogramm.

Als Regierung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass es sehr klug sein könnte, die Wälder dort, wo sie durch Borkenkäfer, durch Dürre besonders belastet sind – die sogenannte Kalamitätsflächen –, in den Blick zu nehmen. Davon gibt es 112.000 ha in diesem Land. Davon werden wir nur Teile nutzbar machen können, aber das mit einem sehr klugen, nachhaltigen Konzept.

Wir wollen ein Übergangsregime von etwa 30 Jahren schaffen. In dieser Zeit können auf diesen Kalamitätsflächen neue Wälder aufgebaut werden, und zwar keine Nadelholzwälder, die weniger nachhaltig sind, sondern aufwendigere Mischwälder. Die wachsen langsamer, sind dann aber nachhaltiger und damit auch eine CO₂-Senke.

In diesen 30 Jahren können wir den Windenergiestrom nutzen, bis dann genügend erneuerbare Energien durch Offshorewind und andere Zuwegungen, die wir uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erarbeiten, zur Verfügung stehen.

Das ist eine sehr gute Maßnahme, die die Wälder stärkt und nicht schwächt, wie die Antragsteller es hier zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig wird eine tragfähige Brücke gebaut, um in den nächsten Jahren mehr erneuerbare Energien verfügbar zu machen.

Dies muss eingebettet sein in den Ausbau von Speichern, in einen Kapazitätsmarkt, den wir schaffen müssen, um für die energiearme Phase von erneuerbaren Energien entsprechend handlungsfähig zu sein. Das alles ist in unserer Energieversorgungsstrategie angelegt, sodass es ein aus unserer Sicht richtiges und sehr angemessenes Vorgehen ist.

Zum Zweiten will ich hier festhalten, dass unsere 1.000-m-Regelung in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens – das haben jüngste Umfragen gezeigt – eine hohe Akzeptanz findet.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist sehr wichtig, auch mit Blick auf die Diskussion zwischen Bund und den Ländern, weil uns das erlaubt, Windkraft mit Maß und Mitte in Nordrhein-Westfalen zum weiteren Ausbau zu bringen.

Ich will hier noch mal festhalten, dass im Zeitraum 2019 bis heute in Nordrhein-Westfalen die meiste Windenergie in ganz Deutschland ausgebaut worden ist. Wir sind das Land, das die zweitmeisten Genehmigungen für die nächsten Jahre erteilt hat.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das heißt, hier finden Investitionen in Windkraft statt. Hier werden sie leichter als in anderen Bun-

desländern umgesetzt, weil ganz offensichtlich der Kurs der Landesregierung richtig war, nicht einseitig auf den Windkraftausbau zu setzen wie die Vorgängerregierung, sondern Windkraftausbau mit Maß und Mitte zu betreiben und mindestens genauso viel, wenn nicht noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, neben dem Windkraftausbau auch Photovoltaik stärker auszubauen. Wir haben die Photovoltaik im jährlichen Zubau gegenüber 2016 mehr als vervierfachen können. Das ist eine großartige Leistung dieses Landes.

Wir haben noch viel mehr Potenzial auf unseren Gewerbeflächen, auf den Flächen unserer privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen. Die gilt es in den nächsten Jahren zu erschließen. Hier sind wir mit unseren Programmen auf einem sehr guten Weg. Damit können wir es schaffen, Klimaschutz mit hinreichender und bezahlbarer Versorgung der Bürger zu verbinden und vor allem unsere Wirtschaft in die neue Phase der Klimaneutralität hineinzuführen.

Mit Blick auf die Antragsteller, die sich auch gern und sicherlich begründet Sorgen um die Arbeitsplätze in unserem Land machen, sei gesagt: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist in den letzten vier Jahren in Nordrhein-Westfalen um 400.000 gestiegen. Nach einer RWI-Prognose kommen in diesem Jahr noch 100.000 dazu.

Wir können noch mehr Arbeitsplätze haben und sie sicherer machen, wenn wir in die Zukunft investieren. Dazu gehören akzeptanzgesicherte erneuerbare Energien, die wir dringend brauchen, um zu einer klimaneutralen Industrie der Zukunft zu kommen. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vielleicht macht Herr Loose da auch eine Kurzintervention!)

Dr. Christian Blex (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war eben gruselig, zu sehen, wie wenige physikalische Grundkenntnisse hier vorhanden sind – gruselig. Aber in unserem Antrag dreht es sich nicht nur um die technischen Gegebenheiten,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

sondern auch um die Natur. Davon hat heute kein Einziger von Ihnen geredet. Es geht Ihnen um die totale Energiewende in ihrer kompletten Perversion. Was zählen da schon die Opfer?

Der Reinhardswald an der Grenze zu Hessen – auch als Grimms Märchenwald bezeichnet – wird unter der Führung der hessischen Landesregierung aus CDU und Grüninnen gnadenlos der Ökoideologie geopfert. Dort herrscht eine Goldgräberstimmung unter den Windkraftlobbyisten und den subventionsgemästeten Ökoproteuren.

(Lachen von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Anja Butschkau [SPD])

– Ja, genau das. Sie werden auf Kosten der noch arbeitenden Bevölkerung zwangssubventioniert. Zwei Dutzend Anlagen sind schon genehmigt, und bis zu 50 können es noch im Reinhardswald werden. Das Ganze ist ein ökologisches Armutszeugnis.

Auch bei uns im Reichswald wird fleißig an der Abholzung für die Windindustrie gearbeitet. Wir reden über zwölf Großwindindustrieanlagen in der Gemeinde Kranenburg, sechs in Goch und drei in Kleve, obwohl der Reichswald zum geschützten Natura-2000-Gebiet zählt und ein Europäisches Greifvogel-Dichtezentrum beherbergt.

Aber die Ökologie ist Ihnen total egal. Meine Damen und Herren, Ihre Politik spaltet nicht nur unsere Gesellschaft, Ihre Politik spaltet auch die Greifvögel. Die Prognos-Studie von 2015 zeigt nämlich ganz deutlich, 7.865 Mäusebussarde, 10.370 Ringeltauben, 11.843 Stockenten und 11.147 Möwen würden für Ihre technisch-physikalische Geisterfahrt totgeschlagen. Dazu kommen noch über 1,2 Billionen tote Fluginsekten und bis zu 250.000 tote Fledermäuse – jedes Jahr.

Aber das ist für Sie ja nicht so schlimm. Diese Tiere sind schließlich in Ihren Augen für eine gute Sache gestorben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jede Ideologie fordert halt ihre Opfer. Jeder zerhackte Vogel und jede Fledermaus, deren Lunge durch den Druckabfall hinter den Rotorblättern zerplatzt ist,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

ist halt Ihr Blutopfer auf dem Altar der Church of Global Warming.

Was interessiert Klein Benjamin oder Ricarda schon der Naturschutz, wenn es um „höhere Ziele“ wie die „Rettung der Welt“ vor dem „Hitzetod“ geht? Wir haben es eben gehört. Hauptsache, die Ökobbyisten können noch von den klimaideologischen Ablassbriefen profitieren.

Vor drei Jahren haben wir dazu einen Antrag gestellt. Wir wollten eine Studie über die aktuellen Zahlen der Schlagopfer in Auftrag geben. Wir wissen immer noch zu wenig über die Opfer Ihrer Energiepolitik. Doch Sie haben diesen Antrag natürlich abgelehnt.

Die wahren Opferzahlen dürfen halt nicht ans Licht kommen.

Wir können festhalten: Der erste Schritt, um unsere Natur zu schützen, kann nur das Verbot der Windindustrieanlagen im Wald sein. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Dr. Blex. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass ich das noch erleben darf,

(Zuruf: Ist das nicht schön?)

dass sich der Kollege Dr. Blex um 1.200 Milliarden Fluginsekten sorgt!

(Lachen von Christian Dahm [SPD])

Diejenigen, die mit mir im Umweltausschuss sind,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

wissen, was los ist, wenn wir dort über Insektensterben diskutieren.

(Karl Schultheis [SPD]: Ihn haben sie gestochen!)

Dann wird das Ganze nämlich mit Ihren komischen Worten rauf und runter beschimpft.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Karl Schultheis [SPD]: Die haben Sie gestochen, dann sind die zugrunde gegangen!)

Sie interessieren sich plötzlich für Vögel, für Fledermäuse, für flugfähige Tierarten, für die heimische Tierwelt, für die Natur. Es sind ganz neue Töne, die wir hier hören. Ich werde Sie beizeiten wieder daran erinnern, wenn wir über Biodiversitätsverlust sprechen und die Sorgen darüber teilen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Aber hier ist das passiert, was Frau Brems vorhin in Ihrer Rede erwähnt hat. Sie haben einfach nur ein paar Themen gemixt und sich dann gesagt: Das wäre doch mal ein spannendes Thema für eine Debatte.

Ich darf noch einen Punkt aufzählen, weshalb ich glaube, dass Sie das, was Sie hier aufgeschrieben haben, überhaupt nicht ernst meinen. Sie sorgen sich also tatsächlich um den Wasserhaushalt des Waldbodens wegen des Baus von Windkraftanlagen. Gleichzeitig – Kollege Dr. Untrieser hat es wunderbar herausgearbeitet – sind Sie für die Braunkohle. Jetzt frage ich Sie mal – und ich bin keine Physikerin wie

Sie –: Was wirkt sich denn mehr auf den Wasserhaushalt aus, Garzweiler beispielsweise, also Braunkohleabbau, oder die Windkraftanlage im Wald? – Ich glaube, das ist ziemlich eindeutig.

An all diesen kleinen Beispielen aus Ihrem Antrag merkt man, dass Sie es eben nicht ernst meinen mit dem Thema. Sie meinen es nicht ernst. Sie wollen einfach nur mal darstellen: Hier geht es schon wieder um die Erneuerbaren.

Kollege Pinkwart hat schon deutlich gesagt, warum wir die erneuerbaren Energien brauchen, warum wir sie unterstützen, warum wir den Ausbau befördern. Gleichzeitig ist uns allen in der Landesregierung aber klar, welche Bedeutung der Wald mit all seinen Schutz- und Regulationsfunktionen hat. Der Wald hat bei uns in Nordrhein-Westfalen eine ganz besonders hohe Priorität.

Eine Inanspruchnahme des Waldes kann im Einzelfall und unter Beachtung der im Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen festgelegten Ziele und Voraussetzungen erfolgen. Das heißt, es muss für angestrebte Nutzungen ein Bedarf nachgewiesen werden, der nicht außerhalb von Waldbereichen realisierbar ist.

In der Tat ist es ein Diskussionspunkt, ob man auf Kalamitätsflächen beispielsweise Windkraftanlagen zulässt. Das ist sicherlich eine gute Möglichkeit, um Waldbesitzern Raum für zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, aber natürlich fest daran gekoppelt, dass dann, wenn die Wiederaufforstung vorangeschritten ist, wieder Wald dahin kommt. Damit hätten wir eine herausragende Doppelnutzung und einen guten Weg zur Nutzung von Windkraft geschaffen.

Wir benötigen Windenergieanlagen. Die sind im Übrigen – die Bauministerin ist auch hier – als bauliche Anlagen einzustufen. Deshalb gilt auch die Landesbauordnung. Sie tun in Ihrem Antrag so, als gäbe es überhaupt keine Gesetze, auf denen die Errichtung von Windkraftanlagen fußen würde.

Es geht auch um immissionsschutzrechtliche Genehmigungen; es geht um naturschutzrechtliche Genehmigungen, die hier erteilt werden müssen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Nur wenn alle Rechtsbereiche tatsächlich erfüllt sind, dann sind Windkraftanlagen im Wald möglich.

Ich glaube, dass wir hier insgesamt – Herr Kollege Pinkwart mit der Energieversorgungsstrategie – einen sehr behutsamen Weg gefunden haben, um all diese Themen, die tatsächlich Konfliktthemen sind – das muss man nicht von der Hand weisen –, behutsam aufzulösen und so damit umzugehen, dass es für beiden Seiten gut ist – in dem Fall für den Wald, aber eben auch für die erneuerbaren Energien.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zu den Kolleginnen und Kollegen der AfD gesprochen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Leitfaden zu Natur- und Artenschutz und Windkraft, den wir auch leben. Damit bekommen wir beides übereinander. Ich empfehle Ihnen von ganzem Herzen, sich diese Unterlagen, die gesetzlichen Grundlagen einmal durchzulesen, bevor Sie einen Antrag formulieren, der von der ersten bis zur letzten Zeile nicht stimmt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Loose, der jetzt für 90 Sekunden das Wort bekommt. Es steht Ihnen selbstverständlich frei, Frau Ministerin, die Kurzintervention von Ihrem Platz aus entgegenzunehmen und zu erwidern. – Herr Abgeordneter.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! – Frau Ministerin, Sie haben den Braunkohletagebau angesprochen. Das hat mich zu einer Kurzintervention bewogen. Alle Tagebaue, ob für Braunkohle, Kies, Sand oder andere Rohstoffe, haben eine Flächennutzung von 0,4 % in Deutschland. Sie aber wollen die fünffache Fläche für Windindustrieanlagen opfern. Das ist ein massiver Flächenfraß, den Sie dort vornehmen, und aufgrund der Energiedichte von Windindustrieanlagen eine absolute Verschwendung von Flächen.

Ich lese Ihnen mal einen Titel aus der Zeitung WELT vom 18.12.2020 vor: „Thüringen. Landtag beschließt: Keine Windräder im Wald.“ Wissen Sie, wer diesen Antrag eingebracht hat? – Die CDU. Und mitgestimmt haben die FDP, die SPD, und die Linken. Die Grünen haben das, glaube ich, ebenfalls getan, aber darauf will ich mich nicht verlassen.

Wie beurteilen Sie, dass die CDU und die FDP im Landtag von Thüringen bereits ein Gesetz beschlossen haben, keine Windräder im Wald zu bauen? – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, Sie haben das Mikro frei.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die CDU und die FDP in Thüringen eigenständige Fraktionen sind, die eigenständige regionale Begebenheiten zu berücksichtigen haben.

Im Übrigen diskutieren wir, Herr Kollege Loose, hier nicht darüber, dass wir Windkraft im Wald jetzt besonders befördern, sondern wir sagen ausdrücklich: Wir befördern erneuerbare Energien bei uns im

Land. Wir suchen behutsam einen Ausweg aus dem Dilemma, das zwischen erneuerbaren Energien und anderen Nutzungsformen besteht.

Das ist der Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen gehen und der auch bisher, beispielsweise beim Ausbau der Windkraft, zu einer Befriedung der Bevölkerung geführt hat, Stichwort „Abstandsregelungen“ und Ähnliches.

Wir sind diejenigen, die in Nordrhein-Westfalen tatsächlich dafür sorgen, Kompromisse zu finden, Nutzungsmöglichkeiten zu finden, um Themen voranzubringen. Das ist die Idee, die Motivation der NRW-Koalition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Somit können wir zur direkten Abstimmung kommen, wie von der antragstellenden Fraktion beantragt. Wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16476 zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind Abgeordnete der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind Abgeordnete der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag 17/16476 abgelehnt** wurde.

Ich rufe nun auf:

11 Wohnraum für Familien – Wir stehen zur Förderung von Wohneigentum und entwickeln das Programm „Jung kauft Alt“ weiter. Wohnungstausch zwischen „Alt und Jung“ fördern

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16484

In Verbindung mit:

Garantiert bedarfsgerecht wohnen. Selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16486

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16575

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16576